



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 143

22. JANUAR 2010

MIT WACHSTUM AUS DER KRISE



Liebe Leserinnen und Leser!

Natürlich wird in der Haushaltswoche traditionell nicht nur über die Etats der Ministerien diskutiert. Und natürlich nutzt die Opposition die Gunst der Stunde zur Generalabrechnung. Gepunktet hat sie nicht. Angesichts der Katastrophe in Haiti, deren Bilder ich während der Debatte noch im Kopf hatte, wirkte die Brachialrhetorik der Opposition nur noch anmaßend. Von einem „Totalversagen“ schwatzte die SPD. Für die Linken ist Deutschland eine Skandalrepublik, die ständig am Abgrund steht. Vielleicht stünde uns allen etwas mehr Demut gut zu Gesicht.

Herzlichst, Ihr

Natürlich will ich nichts beschönigen. In diesem Jahr wird Deutschland so viele Schulden aufnehmen wie nie zuvor. Aber wir müssen auch bedenken, dass Deutschland sich immer noch in einer Wirtschaftskrise befindet, die – vielleicht mit Ausnahme der 1920er Jahre – so schlimm ist wie nie zuvor!

Gerade 2009 erwies sich als „annus horribilis“. Die deutsche Wirtschaft musste viele Tiefschläge einstecken. Alleine der Export, unser Wachstumsmotor, war im letzten Jahr um ein Fünftel eingebrochen. Insgesamt schrumpfte die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent.

Dennoch schlagen wir uns im Kampf gegen die Krise sehr gut. Trotz der Krise ist etwa die Arbeitslosigkeit nicht nennenswert gestie-

gen. Deutschland ist damit auch international eine bemerkenswerte Ausnahme. „Es besteht Hoffnung, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt auch weiterhin relativ stabil zeigt“, sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen kürzlich.

Die Krise wurde maßgeblich durch die Konjunkturpakete I und II abgefedert. Das belegen z.B. Berechnungen des Landes Hamburg. Allein für die Hansestadt ergab sich ein Extrawachstum von 0,4 Prozent. „Wir hätten ohne das Konjunkturpaket in Hamburg ein Minuswachstum gehabt“, sagte Wirtschaftsminister Axel Gerdaschko dem Handelsblatt.

Für 2010 erwarten die Sachverständigen einen Anstieg der Konjunktur. So soll der Export Deutschlands in den kommenden Monaten um 5 Prozent steigen. Insgesamt wird mit einem Wachstum der Wirtschaft um eineinhalb Prozent gerechnet. Angesichts der Horrorszenarien aus dem vergangenen Jahr können diese guten Nachrichten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden!

Damit diese positive Entwicklung nachhaltig fortgesetzt werden kann, gibt es mittelfristig keine Alternati-

ve zu einer konsequent antizyklischen Politik, die darauf abzielt, Dauer und Ausmaß des Wirtschaftseinbruchs möglichst zu begrenzen, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt weiterhin abzumildern und zugleich das Wachstumspotenzial

Deutschlands langfristig weiter zu stärken. Darauf hat unser Bundesfinanzminister in dieser Woche vor dem Plenum des Deutschen Bundestages noch einmal eindrücklich hingewiesen.

Dazu gehört auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Das Gesetz stellt eine wichtige Ergänzung der konjunkturpolitischen Maßnahmen aus der letzten Wahlperiode dar. Die darin vorgesehenen, zielgerichteten und schnell wirksamen Steuerentlastungen (z.B. für Familien) geben wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Für 2011 sagen Experten das Ende der Krise voraus. Dann muss die Neuverschuldung entsprechend den Regeln der Schuldenbremse des Grundgesetzes zurückzuführen werden. So wahren wir die Balance zwischen kurzfristig notwendiger Wachstumsförderung und langfristig gebotener Haushaltskonsolidierung.

GROSSE-BRÖMER GEISSELT GEWALT VON LINKS



Die Plenarsitzung des Deutschen Bundestages stand in dieser Woche ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen. Dabei diskutierten die Parlamentarier über die Budgets der einzelnen Bundesministerien. Wie immer bot die Haushaltswoche Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Aussprache über die Politik der Bundesregierung.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag nahm Michael Grosse-Brömer zum „Einzelplan 07 - Justiz“ Stellung und nutzte die Gelegen-

heit, auf die nächsten rechtspolitischen Arbeitsschwerpunkte der Koalition zu verweisen.

Im Rahmen seiner Rede vor dem Parlamentsplenum wies Grosse-Brömer auf die Gefahr des Linksextremismus hin. Insbesondere Großstädte wie Hamburg und Berlin haben im letzten Jahr einen deutlichen Anstieg von Gewalt durch sogenannte „Autonome“ verzeichnen müssen. Allein in der Hansestadt wurden 2009 fast 700 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund verübt. Leidtragende sind dabei im-

mer öfter Polizisten. Zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes der Polizisten und Vollzugsbeamten sei, so Michael Grosse-Brömer, unter anderem eine Änderung von § 113 Abs. 2 Strafgesetzbuch denkbar.

Im Bereich Strafrecht steht auch das Thema Sicherungsverwahrung oben auf der politischen Agenda. Hier gelte es, einerseits bestehende „Schutzlücken“ zu schließen. Andererseits müsse die Sicherungsverwahrung weiterhin ihren Ausnahmecharakter behalten.

LANDKREISDELEGATION AUF GRÜNER WOCHEN



60 Aussteller in neun Ausstellergemeinschaften und zahlreichen weiteren Messeständen: Auch in diesem Jahr zeigt das Land Niedersachsen auf der Grünen Woche in Berlin Flagge. Noch bis zum 24. Januar haben die Besucher Gelegenheit, die zahlreichen kulinarischen Spezialitäten aus der Region zu probieren.

Als Vorsitzender der CDU/

CSU-Landesgruppe Niedersachsen im Deutschen Bundestag reihte sich auch Michael Grosse-Brömer in die große Schar der Besucher ein und war vom Auftritt seines Heimatlandes rundum begeistert.

Michael Grosse-Brömer traf in diesem Jahr den Landrat des Landkreises Harburg, Joachim Bordt, den ersten Kreisrat Rainer Remppe,

Kreisrat Björn Hoppenstedt, Mitglieder des Kreistages sowie die Bürgermeister Wilfried Geiger (Buchholz) und Günter Schwarz (Seevetal).

Die Grüne Woche findet 2010 zum 75. Mal statt und gilt als weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Die Messe ist ein Publikumsmagnet. Bereits in den ersten drei Tagen wurden 120.000 Gäste empfangen.

SENIOREN-UNION IN BERLIN



Mitglieder der Kreis-Senioren-Union Harburg-Land haben in dieser Woche eine Fahrt an die Spree unternommen.

Im Rahmen ihres Besuches in der Bundeshauptstadt stand auch der Besuch des Deutschen Bundestages auf dem

Programm. Nach einem Rundgang durch das Reichstagsgebäude trafen die Mitglieder der Senioren-Union die Bundestagsabgeordneten Michael Grosse-Brömer und Franz-Josef Holzenkamp (Vechta) zu einem politischen Hintergrundgespräch.

TERMINAUSWAHL

- 23.01. Klausurtagung des CDU-Landesvorstands in Walsrode
- 05.02. „Grünkohlrede“ bei der Rechtsanwalts- und Notarkammer Oldenburg
- 19.02. Klausurtagung des CDU-Kreisverbandes Harburg-Land in Schneverdingen